



DIE WOCHE IM RATHAUS

Andreas Dey



Jens Meyer-Wellmann



Abendblatt.de
FRAGE DES TAGES & QUOTEN

Am Freitag haben wir Sie gefragt:

Mehrere Studien sehen das Hamburger Schulsystem im Aufwind. Glauben Sie, dass die Schulen der Hansestadt besser geworden sind?

Das Ergebnis:



Abgestimmt haben 1610 Leser, Stand: Freitag, 8 bis 18 Uhr.

Die neue Frage:

Der Senat hat die Hälfte der Wahlperiode absolviert. Sind Sie mit seiner Arbeit zufrieden?

Stimmen Sie ab, und debattieren Sie mit uns auf Abendblatt.de/frage-des-tages

So erreichen Sie das Abendblatt

Liebe Leserinnen und Leser, das Hamburger Abendblatt finden Sie am Großen Burstah in unmittelbarer Nähe zum Rathaus.

Die Postanschrift lautet:

Hamburger Abendblatt

20445 Hamburg

Telefonisch erreichen Sie die Redaktion

unter der Rufnummer 040/55 44 710 31.

Alle Ressorts erreichen Sie

unter 040/55 44 711 71.

Faxe für die Redaktion senden Sie

an die Nummer 040/55 44 718 08.

E-Mails an die Redaktion senden Sie

an briefe@abendblatt.de

Den Kundenservice erreichen Sie unter

der Telefonnummer 040/55 44 710 00,

Mo-Fr 6-18 Uhr und Sa/So 6-14 Uhr.

Die Fax-Nummer des Kundenservices ist

die 040/55 44 717 03.

Per Mail erreichen Sie den Kundenservice

unter vertrieb@abendblatt.de.

Haben Sie ein Digital-Abonnement, mailen

Sie bitte an digital@abendblatt.de

Die Abendblatt-Geschäftsstelle finden

Sie am Großen Burstah 18-32. Öffnungszeiten:

Mo-Fr 9-19 Uhr, Sa 10-16 Uhr.

SPRECHEN SIE HAMBURGISCH?

Die Dattelmatsch. Datteln waren in einer Hafenstadt wie Hamburg seit Langem bekannte Südfrüchte. Auf dem Dom konnte man früher billig Dattelmatsch kaufen. Das waren Datteln, die beim Transport mit Seewasser in Berührung gekommen waren; süße Früchte im salzigen Wasser – das muss grausam geschmeckt haben! (mj)

Vorschläge und Anmerkungen zur Serie senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse hamburgisch@t-online.de (Betreff: Hamburgisch)

BABY DER WOCHE

Marlene kam am 15. August in der Asklepios Klinik Barmbek zur Welt und brachte 2820 Gramm und 49 Zentimeter mit. Für ihre Eltern Karolin und Christian Fiedler ist es das erste Kind. „Marlene hatte es eilig. Innerhalb einer Stunde war sie da“, berichtet die Mutter glücklich. (hpmmt)

Nachhaltig: 18 Kitas für gute Bildungsarbeit ausgezeichnet

LOKSTEDT: Die beiden „Elbpiraten“-Kindertagesstätten an der Wibben-Peter-Straße (Lokstedt) und an der Gasstraße (Bahrenfeld) gehören zu den 18 Einrichtungen aus Hamburg und dem Umland, die unter der Schirmherrschaft von Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (SPD) am 7. September als „Kitaz1“ ausgezeichnet werden. Mit diesem Prädikat würdigt die Save Our Future-Umweltstiftung mit der Stadt Hamburg und der Leuphana Universität Lüneburg vorbildliche Bildungsarbeit über Nachhaltigkeit. „Wir freuen uns sehr über die Auszeichnung“, sagt Elbpiraten-Leiterin Annkatrin Eschler, „denn Nachhaltigkeit ist bei uns gelebter Alltag.“ (vas)

Die Mehrheit ist ungefährdet, die Partner gehen pfleglich miteinander um, die Steuereinnahmen sprudeln reichlich – und doch macht sich **Krisenstimmung** breit. Auch, aber nicht nur wegen G20

ANDREAS DEY UND JENS MEYER-WELLMANN

HAMBURG: Zugegeben: Allein an der Dauer einer Party abzulesen, wie viel es zu feiern gab, ist nicht ganz fair. Aber die Vorlage ist einfach zu gut. An diesem Dienstag lag die Bürgerschaftswahl 2015 exakt zweieinhalb Jahre zurück, Halbzeit also für die rot-grüne Koalition, die sich erst 2020 erneut den Wählern stellen muss. Wie jeden Dienstag tagten die Regierungsmitglieder – also die drei von zwölf, die nicht im Urlaub weilten – unter dem Glasdach im Senatsgehege. Und was kam heraus? Die kürzeste Senatssitzung aller Zeiten, nach knapp 90 Sekunden war der einzige Tagesordnungspunkt abgearbeitet.

Kein Glas Sekt, keine Ansprache, kein Lametta.

Nun sind Senatssitzungen traditionell keine rauschenden Partys, sondern schlichte, kurze Arbeitstreffen. Aber die Symbolhaftigkeit sprang doch ins Auge: Viel zu feiern haben SPD und Grüne in Hamburg derzeit nicht.

Dabei ist es weniger das alltägliche Regierungsgeschäft, das der zweiten Partnerschaft der beiden Parteien in der Hansestadt (nach 1997 bis 2001) aufs Gemüt drückt. Im Gegenteil. Für all die wiederkehrenden Themen, die jede Landesregierung in Deutschland fortlaufend beschäftigen – etwa Schulen, Kitas, Verkehr, Infrastruktur, Sicherheit –, gilt weitgehend: Es läuft. Zwar gibt es im Einzelfall berechtigte Kritik, etwa an zeitweise unterbesetzten Kundenzentren, Pannen im Justizbereich oder der Sinnhaftigkeit des einen oder anderen Radwegs, aber im Großen und Ganzen darf konstatiert werden, dass die rot-grüne regierte Stadt funktioniert.

Tiefschläge wie Olympia und G20 verhageln die Bilanz

Schwer getrübt wird die Bilanz vielmehr von deftigen Misserfolgen: Die mit großen Hoffnungen verbundene Olympiabewerbung? Vom Volk abgeschmettert. Der G20-Gipfel? Von Gewaltexzessen und einer zeitweise ohnmächtigen Staatsmacht überschattet. Die seit mehr als einem Jahrzehnt geplante Elbvertiefung? Immer noch in weiter Ferne – während die Konkurrenz dem Hafen enteilt. Die Milliardenrisiken der HSH Nordbank? Hängen immer noch wie ein Damoklesschwert über Hamburg und Schleswig-Holstein. Zu allem Überfluss ereignete sich mitten in den Sommerferien der erste Terroranschlag mit islamistischem Hintergrund in der Hansestadt mit einem Toten und mehreren Verletzten. Dass die Behörden den Täter durchaus im Visier hatten, nährt die These: Es läuft momentan nicht rund für Rot-Grün.

Selbst beim sonst so selbstbewussten Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), dem in seiner ersten Amtszeit noch nahezu alles zu gelingen schien und dem mancher Beobachter schon übernatürliche Kräfte andichtete, haben die Einschlüsse Spuren hinterlassen. Auch in seinem Umfeld wird auf die Frage nach der Selbstwahrnehmung zur Halbzeit etwas zerknirscht eingeräumt, dass man derzeit nicht behaupten würde, dass alles super laufe. Wie sollte man auch?

Derzeit wird leicht übersehen, dass auch vieles gut läuft

Zur Fairness dazu gehört allerdings auch die Feststellung, dass die Stimmung momentan noch stark von G20 und dem Anschlag geprägt ist und beide Ereignisse den Blick auf die positiven Seiten der vergangenen zweieinhalb Jahre verstellen. Denn die gab es auch: So läuft der Ausbau und die Überdeckung der A 7 – immerhin eine Operation an der wichtigsten Schlagader der Stadt



Die Bürgerschaft mit der Senatsbank hinten links ist das politische Zentrum Hamburgs. Hier stellt sich die Regierung der Debatte und der Öffentlichkeit

– planmäßig und relativ reibungslos. Die Nachricht, dass der Deckel in Altona auf Kosten der Stadt um 1500 auf gut 2200 Meter verlängert werden kann, hat vergangenes Jahr vor Ort Jubel ausgelöst.

Auch andere große Verkehrs- und Infrastrukturprojekte kommen voran: etwa die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße, der Bau der A 26 Ost („Hafenquerspange“) oder die Neubaue der Mitte Altona. Und die 200 Millionen Euro teure Sanierung des CCH ist angelaufen – nach jahrelanger Abwägung und Planung wird sie der große Prüfstein für die Fähigkeit der Stadt, kostenstabil zu bauen.

Ob Flüchtlinge oder Ganztags – das A-Team löst jeden Fall

Nachdem das bei der Elbphilharmonie bekanntlich mächtig schiefgelaufen war, konnte Scholz mit der Eröffnung des Konzerthauses Anfang 2017 die wohl ertragreichste Ernte seiner Regierungszeit einfahren: Dass er das völlig verkorkste Projekt 2013 gegen große Widerstände neu geordnet und die Fertigstellung mit dem Baukonzern Hochtief durchgesetzt hatte, erwies sich als goldrichtig, die schillernde Eröffnung war für Hamburg ein einziger Triumphzug. Hätte man während dieser euphorischen Tage, die hinsichtlich der Kartennachfrage unverändert anhalten, nach einer rot-grünen Bilanz gefragt, manch einer hätte sich wohl zu einem „alles prima“ hinreißen lassen.

Unabhängig vom Zeitpunkt der Bewertung gehört die weitgehend harmonische und vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Koalition zu den Pluspunkten dieser Regierung. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen, Andreas Dressel und Anjes Tjarks, ließen sich schon bald mit Blick auf ihre Vornamen und eine alte Action-Fernsehserie von Kollegen und Medien als „A-Team“ bezeichnen. Sie versuchen seither nicht nur als schnelle politische Eingreiftruppe alle möglichen internen Konflikte zügig und möglichst geräuschlos wegzumodern. Sie lösen gemeinsam auch immer wieder äußere Brandherde.

So fanden sie etwa Kompromisse mit der Volksinitiative für eine bessere Ganztagsbetreuung an Schulen und mit der Initiative gegen Großunterkünfte für Flüchtlinge. Überhaupt gilt für dieses Thema, das immerhin das beherrschende der Jahre 2015 und 2016 war: Abgesehen von wenigen lokalen Zwistigkeiten hat die Stadt die Unterbringung der neuen Mitbürger im Griff. Ob das auch für die Integration gilt, bleibt noch abzuwarten, für eine Bewertung der Bemühungen ist es noch zu früh. Fest steht: Von chaotischen Zuständen wie in Berlin, wo Flüchtlinge noch bis zum Frühjahr in Schulturnhallen untergebracht waren, sind wir weit entfernt.

Ebenfalls ein Symbolbild dieser Woche: Die Tour zu den neuen Express-Wohnungen für Flüchtlinge, die zwar nicht ganz so schnell und so zahlreich kommen wie mal geplant, aber immer noch relativ zügig, machten Dressel und Tjarks am Mittwoch natürlich gemeinsam. Manchem in der Opposition gehen die Ambitionen der A-Mannschaft schon zu weit. Die beiden Parlamentarier, die auch schon mal mehr oder minder offiziell im Namen der Stadt verhandeln, maßten sich zum Teil Rechte an, die nur der städtischen Verwaltung oder der Regierung zuständen, so die Kritik.

Fegebank punktet – Steffen kämpft mit Pannen

Einen ausgesprochen harmonischen Stil pflegt auch die grüne Zweite Bürgermeisterin und Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank, die darüber hinaus mit ihrer positiven Art in kurzer Zeit für Aufbruchstimmung in der Wissenschaftszene gesorgt hat. Gefühlt vergeht kaum ein Monat, ohne dass Fegebank am Forschungscampus Bahrenfeld oder anderswo einen Grundstein legt oder ein Band durchschneidet. Das Grundproblem, die Unterfinanzierung der Hochschulen, hat sie aber noch nicht gelöst.

Der grüne Justizsenator Till Steffen, nicht grundsätzlich für politisches Gekuschel bekannt, ist seit seiner zweiten Übernahme dieses Amtes 2015 derweil kaum in der Lage, eigene grüne Ak-

zente im Senat zu setzen. Zu sehr ist er mit einer nicht abreißenden Kette von Skandalen beschäftigt. Einmal mussten zwei wegen Totschlags Angeklagte wegen überlanger Verfahrensdauer aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Dann musste ein wegen Kindesmissbrauchs einsitzender Mann auf freien Fuß gesetzt werden, weil ihm nicht rechtzeitig ein Therapieplatz besorgt worden war. Anfang dieses Jahres konnte sich bei einer Verhandlung vor dem Landgericht der Angeklagte auf seine ehemalige Lebensgefährtin stützen, auf diese einstecken und sie würgen. Vorherige Warnungen waren innerhalb des Justizsystems verloren gegangen.

Der Umweltsenator ist der Einzige, der aufmuckt

Dass die erste Rücktrittsforderung gegen ein Mitglied dieses Senats Steffen traf, kam nicht überraschend. Immerhin konnte er sich mit einer großen Einstellungsinitiative etwas Luft verschaffen: 100 neue Stellen für Staatsanwaltschaft und Gerichte sollen deren Überlastung mildern – ein großer Wurf. Die Rolle des einzigen zumindest bedingt konfliktfreudigen Grünen hat daher von Beginn an Umweltsenator

Jens Kerstan übernommen. Der auch vom Naturell her politisch rauflustige 51-Jährige ist auch für den einzigen Fall verantwortlich, in dem ein Konflikt zwischen SPD und Grünen öffentlich eskalierte. Im Frühjahr 2016 verweigerte er seine Unterschrift unter das neue „Bündnis für das Wohnen“, da eine zugesagte Ausgleichsregelung für die Grünnutzung noch nicht gesichert war. Das Umfeld des Bürgermeisters und die harmoniebedürftigeren Grünen-Kollegen reagierten geradezu panisch auf so viel öffentlichen Konflikt. Am Ende setzte sich Kerstan durch.

Dabei fällt seine Bilanz keinesfalls durchweg gut aus. Auch Kerstan ist es nicht gelungen, eine echte Trendwende bei der viel zu hohen Belastung der Hamburger Luft mit aus Dieselmotoren stammendem giftigem Stickoxid einzuleiten. Der neue Luftreinhalteplan enthielt von Beginn an Berechnungsfehler, weil die mittlerweile bekannten deutlich höheren Abgaswerte älterer Diesel noch nicht eingepreist waren. Zwar trotzte Kerstan Bürgermeister Olaf Scholz zwei kleinere Durchfahrtsverbote für ältere Diesel an Stressemannstraße und Max-Brauer-Allee ab (was einem Wortbruch des Bürgermeisters gleichkam). Gleichwohl werden die bereits



Da hatten sie noch gut lachen: Olaf Scholz (SPD) und Katharina Fegebank (Grüne) 2015 bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages
dpa/Axel Heimken